



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl, Martin Stümpfig, Rosi Steinberger, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die Fortschritte und Planungen für eine klimaresistente und klimaneutrale Staatsverwaltung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über Fortschritte und Planungen zu einer klimaresistenten und klimaneutralen Staatsverwaltung zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. Klimaresistenz:

- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um staatliche Gebäude vor Schäden durch Starkregenereignisse zu schützen?
- Welche Planungen liegen vor, um staatliche Gebäude vor Schäden durch Starkregenereignisse zu schützen?
- Wie werden vorbeugende bauliche Maßnahmen zum Schutz vor Starkregen in staatlichen Neubauvorhaben berücksichtigt?
- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung vor den Auswirkungen von Hitzewellen zu schützen?
- Welche Planungen liegen vor, um Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung vor den Auswirkungen von Hitzewellen zu schützen?
- Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um bei staatlichen Neubauvorhaben die Auswirkungen von Hitzewellen stärker zu berücksichtigen?

2. Klimaneutralität:

- Welche staatlichen Behörden haben ihren Ausstoß an Treibhausgasen bisher ermittelt und zu welchen Werten hat dies geführt (bitte einzeln angeben)?
- Welche staatlichen Behörden werden ihren Ausstoß an Treibhausgasen in diesem Jahr ermitteln?
- Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasen wurden in der staatlichen Verwaltung im letzten Jahr umgesetzt (bitte nur Maßnahmen angeben, die zur Minderung von mindestens 1 Prozent der Treibhausgase der jeweiligen Behörde beigetragen haben)?
- Welche Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasen sollen in der staatlichen Verwaltung in diesem und im nächsten Jahr umgesetzt werden (bitte nur Maßnahmen angeben, die zur Minderung von mindestens 1 Prozent der Treibhausgase der jeweiligen Behörde beigetragen haben)?

- Welche Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasen wurden in der staatlichen Verwaltung im letzten Jahr umgesetzt (bitte nur Maßnahmen angeben, die zur Minderung von mindestens 1 Prozent der Treibhausgase der jeweiligen Behörde beigetragen haben)?
- Welche Maßnahmen zur Verringerung von Treibhausgasen sollen in der staatlichen Verwaltung in diesem und im nächsten Jahr umgesetzt werden (bitte nur Maßnahmen angeben, die zur Minderung von mindestens 1 Prozent der Treibhausgase der jeweiligen Behörde beigetragen haben)?
- Welchen Anteil haben derzeit rein elektrisch betriebene Fahrzeuge am Fuhrpark der Staatsministerien und der staatlichen Verwaltung?
- Wie sehen die Planungen für rein elektrisch betriebene Fahrzeuge für den Fuhrpark der Staatsministerien bis 2023 und für den Fuhrpark der staatlichen Verwaltung bis 2028 aus?
- Bis zu welchem Prozentsatz der Treibhausgasemissionen der staatlichen Verwaltung ist geplant, diese durch Kompensationsmaßnahmen auszugleichen?
- Welche Schritte beim Ziel der klimaneutralen Staatsministerien bis 2023 wurden bereits erreicht, welche sollen noch in diesem Jahr umgesetzt werden und wird angestrebt, das Ziel der klimaneutralen Staatsministerien ohne Kompensationsmaßnahmen zu erreichen?

Begründung:

Im November 2021 wurde vom Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz angekündigt, dass in der Novelle des Bayerischen Klimaschutzgesetzes die Verpflichtung enthalten sein wird, dass die bayerische Verwaltung bis 2028 klimaneutral arbeiten soll. Dieses ambitionierte Ziel soll von den Staatsministerien noch übertroffen werden.

Bereits in der Regierungserklärung am 21. Juli 2021 hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt: Die Staatsregierung selbst will Vorbild sein und bis 2023 klimaneutral werden.

Nach einem Jahr sollten diese ambitionierte Ziele schon zu zahlreichen Umsetzungsmaßnahmen geführt haben, die dieser Berichtsantrag aufzeigen will.

Gleichzeitig gilt es, in der staatlichen Verwaltung Maßnahmen zur Klimaanpassung zu ergreifen, da in Bayern die Klimaüberhitzung das Pariser 1,5-Grad-Ziel bereits überschritten hat und die massiven Auswirkungen der Klimaüberhitzung offensichtlich sind. Dabei sind die Bereiche Starkregenereignisse und Hitzewellen von besonderer Brisanz. Hier gilt es, entsprechende Vorkehrungen organisatorischer und baulicher Vorsorge zu treffen.